

EUROPÄISCHES PARLAMENT



DR. INGE GRÄBLE
MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

PRESSEMITTEILUNG

Brüssel, 06. Dezember 2005

EU-Haushaltsordnung: Anhörung war Scherbengericht für die Kommission

Als "Scherbengericht für die EU-Kommission" bezeichnete die stellvertretende EVP-Haushaltskordinatorin und zuständige Parlamentsberichterstatlerin Inge Gräble die Ergebnisse einer gemeinsamen Anhörung des Haushaltsausschusses und des Haushaltskontrollausschusses über die zur Zeit laufende Reform der EU-Haushaltsordnung. Die knapp 3 Jahre alte Haushaltsordnung regelt die Verfahren, mit denen die EU-Institutionen das im Haushalt veranschlagte Geld ausgeben dürfen. Hauptproblem sind die Liefer- und Dienstleistungsaufträge sowie Subventionen. 40% der EU-Beamten arbeiten mit der Haushaltsordnung.

Bei der jüngsten Anhörung mit dem Schwerpunktthema Subventionen im Europäischen Parlament kritisierten Nichtregierungsorganisation die mangelnde Effizienz und die hohen Kosten bei der Antragsstellung, die lange Dauer der Verfahren und die schleppenden Zahlungen. "Für viele Institutionen ist es existenzbedrohend, Zuschüsse bei der EU zu beantragen", warnte Inge Gräble. "Denn das komplexe und teure Antragsverfahren verschlingt häufig bereits ein Drittel des Zuschusses". Da oft nur wenige Anträge bedient würden, entziehe die EU den Antragstellern, etwa Universitäten, Forschungseinrichtungen und klassischen Nichtregierungsorganisationen Gelder in beträchtlichem Umfang und zwingt sie zur Umschichtung von der Arbeit vor Ort in die Antragsstellung bei der EU.

"Immer öfter verzichten Organisationen deshalb auf die Antragsstellung", so Inge Gräble weiter. "Es geht auch nicht an, dass die Organisationen Spendengelder dazu verwenden müssen, die EU-Auflagen zu finanzieren". "Von 'good governance' zu reden, reicht nicht. Hier kann die Kommission zeigen, dass sie es auch bei sich selbst ernst meint". In der derzeit geltenden Haushaltsordnung müsste eine Vielzahl von Problemen gelöst werden. Die bislang vorgelegten Vorschläge zur Überarbeitung reichten nicht aus. "Das Parlament ist sich darin einig, wirkliche Verbesserungen erreichen zu wollen", betonte die CDU-Europaabgeordnete. "Das derzeitige System verursacht aber hohe Kosten, ohne das angestrebte Ergebnis einer höheren Transparenz und Betrugssicherheit zu erreichen". Im Gespräch sei deshalb jetzt ein durchgängig zweistufiges Antragsverfahren. Der Präsident des Europäischen Parlaments hatte die Anhörung eröffnet und die Entschlossenheit des Parlaments bekräftigt, die Effizienz bei der Verwaltung der EU-Gelder zu erhöhen.